

Liebe Anwesende, liebe Antifaschist:innen,

mein Name ist Danial.

Vor 12 Jahren mussten meine Familie und ich aus unserer Heimat im Iran fliehen, weil mein Vater von dem dortigen islamistischen Regime politisch verfolgt wurde. Meine ersten Jahre in Deutschland waren herausfordernd. Ich musste eine neue Sprache lernen und mich in einer neuen Umgebung zurechtfinden. Schnell konnte ich aber Kontakte zu anderen Jugendlichen knüpfen. Zwei Hauptschüler – nennen wir sie Fatma und Fatih - halfen mir in der Schule mich zurecht zu finden. Aber auch als ich dann auf das Gymnasium wechselte, hießen mich schon am ersten Tag Mitschüler wie Franziska und Florian mit offenen Armen willkommen.

Als dann 2015 viele Geflüchtete in Deutschland ankamen, beeindruckte mich, wie viele helfende Hände und Zivilcourage nicht nur Franziska und Florian, Fatma und Fatih, sondern auch meine Nachbar:innen in Waiblingen zeigten. Kuchen wurde gebacken, ehrenamtlich Nachhilfe gegeben und viel gespendet. Natürlich gab es auch damals schon rassistischen Gegenwind. Schon damals bemerkte ich in meiner Straße ein Plakat der Kleinstpartei NPD für die Bundestagswahl 2015, auf denen zu lesen war „ist der Ali kriminell, in die Heimat aber schnell“. Doch es war klar, dass eh niemand die NPD ernst nahm, sie wurden belächelt und die Plakate verschwanden hier im Süden meist schnell. Die Willkommenskultur gab mir Zuversicht und ließ mich spüren, dass auch ich ein geschätzter Bürger unserer Gesellschaft bin.

Heute spüre ich das leider nicht mehr so oft. Im Gegenteil: ich bin voller Sorge. Zu Franz und Florian hatte ich schon lange keinen Kontakt mehr. Ich hoffe, dass sie heute nicht die AfD wählen.

Schon seit ein paar Jahren ist der Wind rau geworden. Von der Willkommenskultur ist nichts mehr zu sehen, eine rassistische Stimmung hat sich breit gemacht. Das zeigt sich auch in den historischen Wahlerfolgen, welche die AfD in Thüringen und Sachsen erzielen konnten. 2015 hätte ich nicht gedacht, dass 9 Jahre später eine in Teilen faschistische Partei als stärkste Kraft aus einer Landtagswahl hervorgeht. Doch die rassistische Stimmung lässt sich nicht auf die AfD reduzieren. Angeheizt wurde diese in den letzten Tagen nochmal besonders, das Attentat von Solingen bot den Anlass...

Am Abend des 28. Mai 1993 fand in einem Kleingarten-Vereinsheim in Solingen ein feuchtfröhliches Polterabendbesäufnis statt, in dessen Verlauf die Festgesellschaft so laut wurde, dass der Vereinswirt mit zwei jugoslawischen Begleitern die Betrunknen anwies, doch woanders weiter zu feiern. Die Zurechtgewiesenen, die die Jugoslawen für Türken hielten, beschlossen daraufhin, Rache zu nehmen, indem sie Türken umbringen wollten. So wie das eben naheliegt, wenn man als guter Deutscher in seinem Recht verletzt wurde.

Sie beschafften sich Benzin, zogen in die Innenstadt und setzten ein von der türkischen Familie G. bewohntes Haus in Brand. Fünf Menschen verbrannten lebendig, 17 wurden verletzt. Das jüngste Todesopfer der Solinger Pogrome war die fünfjährige Saime G. Es war eines von vielen Pogromen, die der rassistische Mob in der neuen Groß-BRD der frühen 90er Jahre unternahm.

Wenige Monate vor dem Anschlag in Solingen 1993 waren in Mölln in Schleswig-Hollstein zwei Nazis durch die Stadt gezogen und hatten ein von Migranten bewohntes Haus nach dem anderen in Brand gesetzt. In einem

davon verbrannten drei Menschen, darunter zwei Kinder. Bundeskanzler Kohl weigerte sich, nach beiden Pogromen auf den Trauerfeiern zu erscheinen, und ließ seinen Regierungssprecher ausrichten, die Bundesregierung wolle nicht in Beileidstourismus verfallen.

Ja, in Beileidstourismus verfiel die Politik tatsächlich nicht. Mindestens rund 200 Menschen, tatsächlich wahrscheinlich weit mehr, sind seit 1990 in Deutschland von Rechtsradikalen massakriert worden. Dieser neonazistische Terror ist für die Regierenden der BRD höchstens eine Randnote, wenn der Terror nicht gar von Sympathisanten in Polizei, Politik und Verwaltung mitgedeckt wird.

Und so wird Solingen im kollektiven Bewusstsein hierzulande auch nicht für das Pogrom von 1993 stehen, sondern dafür, dass dort vor einigen Wochen ein junger syrischer Flüchtling drei Menschen auf einem Straßenfest erstochen hat.

Seitdem brodet es in der BRD, und es wird ein erbarmungsloser Kampf gegen die islamistische Bedrohung oder besser gleich gegen alle Ausländer gefordert, die theoretisch einmal Islamisten werden könnten. Das Merkwürdige dabei ist, dass man bei der Recherche kaum etwas Handfestes dazu finden konnte, dass die Annahme, der Attentäter sei Islamist, belegen würde.

Ein paar kleine rechte Medien zitieren jemanden aus der Flüchtlingsunterkunft, der sagte, der spätere Attentäter hätte auf seinem Smartphone regelmäßig islamistischen Content geschaut, und ein paar großbürgerliche Medien schreiben es ab. Das war's.

Das ist die Beweislage für den Krieg des Islamismus gegen Deutschland.

Ah ja, und der IS, das heißt irgendein pro-IS-Social-Media-Account, reklamierte den Anschlag für sich. Aber Anhänger des IS reklamieren seit Jahren so ziemlich alles für sich, was irgendwo auf der Welt passiert. Und wenn morgen ein Asteroid in Paraguay einschläge, würde es wahrscheinlich keine Viertelstunde dauern, bis der IS das öffentlich als eigene Aktion verkaufen würde.

Natürlich kann es sein, dass der Attentäter tatsächlich Islamist war, aber es ist doch irritierend, wie große bürgerliche Medien diese Vermutung ohne ernstliche Prüfung als Tatsache behandeln.

Allerdings ist das bundesrepublikanische Establishment in seinem Rechtsschwenk in Gefilde, die noch vor 20 Jahren NPD-Revier waren, mittlerweile so weit, dass die Spitzen der deutschen bürgerlichen Politik das, worauf sie eigentlich hinauswollen, gar nicht mehr wie noch vor einigen Jahren ideologisch kodieren, sondern ganz offen aussprechen, dass es ihnen um den Kampf gegen bestimmte Ethnien statt gegen eine bestimmte Ideologie geht.

So verkündete Friedrich Merz in seinen Merz-Mails: “Nicht die Messer sind das Problem, sondern die Personen, die damit herumlaufen. In der Mehrzahl der Fälle sind dies Flüchtlinge.” Die Behauptung, die Mehrzahl, der in Deutschland mit Messern herumlaufenden Menschen seien Flüchtlinge, ist zwar völlig frei erfunden, aber was soll’s.

Das ist nur die rhetorische Einleitung für das darauffolgende innenpolitische Programm. Merz fordert daraufhin, Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien zu ermöglichen und grundsätzlich keine Flüchtlinge aus diesen Ländern mehr aufzunehmen. Bestimmte Nationalitäten von der

Möglichkeit auf Asyl pauschal auszuschließen, ist zwar verfassungswidrig, aber wiederum, was soll's.

Es geht ja um den rhetorischen Effekt, und im Zweifelsfall gibt es schon noch Wege, sich die Verfassung so zu machen, wie man sie zur Befriedigung des selbstgeschürten rassistischen Volkszorns eben braucht.

Und um generell zu verhindern, dass noch irgendwelche Ausländer kommen können, die sich theoretisch irgendwann in Zukunft einmal zu gefährlichen Extremisten entwickeln könnten, sollen die Hürden für die Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft erhöht, doppelte Staatsbürgerschaften unmöglich gemacht und Flüchtlinge, die Urlaub in ihrem Heimatland machen, sollen ihren Aufenthaltsstatus verlieren.

Was Erschwerung des Zugangs zur deutschen Staatsbürgerschaft oder Heimaturlaubungsverbot für Flüchtlinge mit Terrorismusprävention zu tun haben sollen und warum diese Forderungen logische Reaktionen auf ein Attentat durch jemanden ohne deutsche Staatsbürgerschaft sein sollen, der nie Urlaub in seinem Heimatland machte, erschließt sich zwar nicht ohne Weiteres, aber um diese logischen wie juristischen Feinheiten geht es ja auch nicht.

Es geht darum, den mehr oder weniger mit der AfD sympathisierenden 30 bis 50 % der deutschen Bevölkerung, die nach Solingen die Kollektivbestrafung aller AusländerInnen wollen, zu zeigen, dass man ihre Sorgen und Wünsche ernst nimmt, Ausländer genauso hasst wie Höcke und sie bei den kommenden Wahlen also beruhigt auch CDU statt AfD wählen können.

Nun gehört polternde rassistische Hetze zum Markenkern des Friedrich Merz, aber das muss ja nicht repräsentativ für seine Partei insgesamt sein.

Sehen wir uns also an, was die als gemäßigt geltende Julia Klöckner nach Solingen so zu sagen hat. Nun ja, die postete nach dem Attentat auf Instagram einen dramatisch mit “Die Lage ist sehr ernst” betitelten Post, in dem dann ausgeführt wird, worin dieser Ernst der Lage eigentlich besteht: In Deutschland leben 972.000 Syrer und 419.000 Afghanen, so erfährt man bei Klöckner, und jeder zweite Asylbewerber stamme aus Syrien oder Afghanistan. Nun ja, daran, dass es in Afghanistan eine Massenflucht gibt, ist der deutsche Imperialismus, der sich über anderthalb Jahrzehnte lang an der extrem blutigen NATO-Invasion und Besetzung Afghanistans beteiligt hat und das verwüstete Land dann sich selbst und der Rückeroberung durch die Taliban überließ, nicht ganz unschuldig. Und auch, dass viele Menschen nicht mehr gern in Syrien leben wollen, ist nicht ganz unbegreiflich.

Aber Klöckner geht es natürlich nicht um Analyse, sondern darum, dass die Existenz von Afghanen und Syrern in Deutschland per se ein Problem sei, was im nächsten Slide näher ausgeführt wird, indem sie darlegt: Das Boot sei voll und Ausländer auch generell viel gefährlicher als Deutsche.

Stellt euch einmal vor, wie es für in Deutschland lebende Syrer und Afghanen sein muss, solche Posts einer bürgerlichen Spitzenpolitikerin der BRD zu lesen, die konstatiert, die bloße Anwesenheit von zu vielen Syrern und Afghanen sei ein schweres Problem und eine ernste Lage. Als seien Syrer und Afghanen irgendeine Art schädlicher Bazillus, von dem das Immunsystem des Volkskörpers vielleicht ein paar schadlos absorbieren könne, aber in eine Krise geraten müsse, wenn es zu viele werden.

Man stelle sich einmal vor, ein BRD-Spitzenpolitiker würde in einem öffentlichen Statement ohne einen Hauch von Ironie das Hessenproblem ansprechen und ausführen, die wachsende Bevölkerung Hessens stürze

die BRD in eine schwere Krise, denn unsere Gesellschaft könne die Existenz von vollen 6 Millionen Hessen, tendenzsteigend, wirklich nicht mehr verkraften, und zur Illustration Beispiele krimineller und extremistischer Hessen anführen.

Klingt lächerlich, aber warum ist es eigentlich nicht lächerlich, wenn eine führende Politikerin eines Staates genauso über anderthalb Millionen EinwohnerInnen dieses Staates spricht, die eben keine Hessen, sondern Syrer und Afghanen sind?

Nun ja, die CDU sitzt ja in der Opposition. Erwartbar, dass sie die rassistische Welle reitet, um mit dem Aufdecken des angeblichen sicherheitspolitischen Versagens der Regierung zu punkten. Schauen wir uns also an, welche Schlüsse Christian Lindner, Chef der Regierungspartei FDP, aus Solingen zieht. Der fordert, ausreisepflichtige Flüchtlinge in Deutschland sollten künftig keinerlei staatlichen Unterhalt mehr erhalten, sei es in finanzieller oder Sachform. Sprich, wer ausreisepflichtig ist, aber trotzdem bleibt, der soll obdachlos werden und verhungern.

Mit dieser Forderung, die Hetze gegen Flüchtlinge mit solcher gegen SozialleistungsempfängerInnen vereint, befriedigt die FDP zwei ihrer beiden Hauptleidenschaften auf einen Streich. Aber die Annahme, dass es kriminalitätssenkend wirke, zigtausenden Menschen die Mittel zum nackten physischen Überleben zu entziehen, überzeugt mich auf Anhieb nicht so ganz. Aber Lindner hat an alles gedacht und so fordert er als Ergänzung zur Vernichtung der materiellen Lebensgrundlage von Flüchtlingen auch gleich einen Ausbau des Polizeistaates und dass es der Bundespolizei künftig erlaubt werden soll, an jedem beliebigen Passanten verdachtsunabhängige Kontrollen vorzunehmen. Für mich ist es ohnehin alltägliche Realität am Stuttgarter Hauptbahnhof, als jemand, der nicht

deutsch aussieht, allein durch mein Aussehen als potenzieller Terrorist gemustert oder gleich kontrolliert zu werden.

Verelendung einerseits, Ausbau der Repression andererseits gehören eben untrennbar zusammen. Das immerhin hat die FDP logisch einwandfrei erkannt.

Nun ja, die FDP stellt doch den rechten Flügel innerhalb der Ampelregierung dar. SPD und Grüne, die theoretisch ja bestimmt für das Gute auf der Welt sind, koalieren mit Lindner nur noch notgedrungen. Und bestimmt sind Rot und Grün Lindners und Merzens Poltereie gegenüber eine Stimme der Humanität und Mäßigung, oder etwa nicht? Nicht ganz. Olaf Scholz, sagt als Reaktion zu Friedrich Merz' "Ausländer raus"-Plan folgendes: "Es ist ein gutes Signal, wenn die größte Oppositionspartei eine Zusammenarbeit anbietet. Auf Grundlage dieser Vorschläge sollen bald gemeinsame Beratungen zwischen Regierung und Union stattfinden." Ergänzt um die übliche Beteuerung, es müsse nun endlich mal durchgegriffen werden gegen illegale Zuwanderung.

Um zu zeigen, dass all das nicht nur leere Beteuerungen sind, sondern auch in der Praxis umgesetzt werden soll, haben die Regierungsparteien dann letzte Woche ein Migrationspaket verkündet, das im Großen und Ganzen die Forderungen von Friedrich Merz und Christian Lindner vereint. Neben Verschärfung des Waffenrechts soll der Polizeistaat massiv ausgebaut und der Bundespolizei künftig erlaubt werden, den öffentlichen Raum per KI zu überwachen und auf Gesichtsabgleich scannen zu dürfen. Vor allem aber soll Flüchtlingen das Leben zur Hölle gemacht werden. Friedrich Merz' Forderung, Flüchtlingen, die ohne triftigen Grund in ihr Heimatland reisen, den Schutzstatus zu entziehen, wird erfüllt.

Man muss sich die Niedertracht dieses Plans einmal konkret vor Augen halten. Nehmen wir an, ein Schwuler aus einem Staat mit extrem homophober Gesetzgebung und allgegenwärtiger homophober Diskriminierung sucht in Deutschland um Asyl an wegen Diskriminierung aufgrund seiner sexuellen Identität. Für diesen Menschen besteht nicht bei jedem Betreten seines Heimatlandes unmittelbare Lebensgefahr, aber es ist ihm unmöglich, unter diesen Bedingungen dort ein dauerhaft sicheres und würdevolles Leben führen zu können. Diesem Menschen, der einen hervorragenden Asylgrund hat, wird nun von der BRD gesetzlich verboten, jemals wieder seine Familie in der Heimat besuchen zu dürfen. Besucht er doch einmal seine Eltern, überführt ihn das in den Augen der Ampelregierung der Lüge und wird mit Abschiebung bestraft.

Ebenso wird Christian Lindners Forderung nach Entzug jeder materiellen Lebensgrundlage für ausreisepflichtige Flüchtlinge erfüllt. Als Maßnahme des Kampfes gegen Kriminalität durch Flüchtlinge wird also ein Beschluss gefasst, der tausende Flüchtlinge förmlich zwingen wird, Straftaten begehen zu müssen.

Dass die Fortschrittskoalition Ampel auch wirklich keine humanitätsduseligen Zimperlichkeiten mehr kennt und in der Migrationsfrage voll auf den rechten Kurs eingeschwenkt ist, wird schließlich eindrucksvoll durch den Beschluss bewiesen, jetzt wieder Abschiebungen ins afghanische Taliban-Regime vorzunehmen. Letzte Woche kam der erste Abschiebeflieger in Kabul an und brachte 28 Menschen damit potenziell in den Tod. Als starkes Zeichen gegen den Islamismus übergibt die BRD nun also dutzende und bald vielleicht hunderte bis tausende Menschen an die Taliban-Diktatur und erkennt damit deren Regime indirekt an.

Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den Taliban, um es damit dem Islamismus mal so richtig zu zeigen. Das klingt wie etwas, das man sich nicht einmal ausdenken könnte.

Der AfD und ihren Vorfeldorganisationen ist es gelungen, den politischen Diskurs maßgeblich zu prägen, vor allem wenn es um Migrationspolitik geht. Die bundesweite Einführung der Bezahlkarte für alle Geflüchtete geht sogar über die Forderung der AfD im Grundsatzprogramm 2016 hinaus, abgelehnten Asylbewerbern, statt Geld nur nach Sachleistungen zu gewähren. Von den aktuellen Plänen der Bundesregierung, bestimmten Asylbewerbern staatliche Leistungen gänzlich zu streichen, ganz zu schweigen. Auch die von der EU beschlossenen Asyl-Schnellverfahren an den Außengrenzen entsprechen der alten Forderung der AfD.

Bis auf die Linke folgen alle Parteien dieser neuen Linie in der Migrationspolitik – einige wie manche Grüne, mit Bauchschmerzen, andere, wie etwa Mario Voigt, der Spitzenkandidat der Thüringer CDU, mit Inbrunst. In der mdr-Fernsehdiskussion der Spitzenkandidaten bei der Landtagswahl in Thüringen griff gleich zu Beginn Voigt seinen AfD-Kontrahenten Höcke wegen der Migrationspolitik seiner Partei an: „Sie reden nur und sie handeln nie“. Auslöser war die Frage der Moderatorin warum weniger als 10 Asylbewerber im AfD-geführten Landkreis Sonneberg zu Arbeit verpflichtet wurden und in CDU-geführten Saale-Orla-Kreis dagegen 100.

Es ist richtig, dass alle Parteien die Zusammenarbeit mit der AfD auch nach den Landtagswahlen offiziell ausschließen. Ein zeitgleiches Umsetzen der rechten Positionen jedoch, ist ein fragwürdiger Ansatz zur Bekämpfung der AfD. So wird der Eindruck erweckt, dass die AfD inhaltlich im Recht sei, man aber aus machtstrategischen Erwägungen nicht mit ihr zusammenarbeitet. Eine solche Strategie haben auch andere etablierte

Kräfte in anderen europäischen Staaten gefahren. Das Ergebnis war fast immer, dass nur die Rechten davon profitiert haben.

Der Sinn der aktuell laufenden rassistischen Kampagne gegen Menschen wie ich, die sich über die Medienlandschaft bis zu den Parteispitzen erstreckt, geht aber tiefer.

Nichts tötet die Einheit der arbeitenden Massen im Kampf für eine gerechtere Welt wirksamer als die Ersetzung von wirtschafts- und sozialpolitischen Themen durch Kulturkampfthemen. Und unter allen Kulturkampfthemen spaltet nichts die ArbeiterInnen und Armen nachhaltiger als Rassismus, besonders in einem Land wie Deutschland mit seiner multiethnischen ArbeiterInnenklasse. Deutsche ArbeiterInnen, die in ihrem türkischen oder arabischen Kollegen einen potenziellen islamistischen Gefährder sehen, werden nicht mit diesem zusammen Arbeitskampf für höhere Löhne und sichere Renten führen.

Und deutsche Arbeitslose, die sich in von AfD und Bildzeitung geschürter Empörung über die angebliche Bevorzugung von Flüchtlingen im deutschen Sozialsystem hineinsteigern, werden nicht zusammen mit migrantischen Armen gegen den Sozialkahlschlag protestieren.

Wer glaubt, die Bedrohung Europas durch den Islamismus und die Unterwanderung Deutschlands durch faule südländische Messerstecher seien die großen Themen unserer Zeit, der wird sich, wenn er sich in diese Spinnereien erst einmal genug hineingesteigert hat, nicht mehr viel mit der Explosion der Energiepreise, der Inflation, dem Absinken des Lohnniveaus und der wachsenden Kriegsgefahr beschäftigen.

Durch die geschickte Ausnutzung von jeder durch einen Flüchtling

begangenen medienwirksamen Gewalttat und erst recht jedem islamistischen Akt kann man dafür sorgen, dass der Großteil der Bevölkerung sich anschließend wochen- bis monatelang nur noch mit Kulturkampfswahnvorstellungen beschäftigt, statt mit echten Problemen.

Verhinderung von islamistischer Radikalisierung ist der deutschen Politik entsprechend gar kein wirkliches Anliegen. Natürlich wissen alle Parteien, die mit rechtspopulistischen Parolen für sich Wahlkampf machen, sehr gut, dass jede weitere Drangsalierung von Flüchtlingen, jede weitere Verschärfung des Ausländerrechts, jede weitere rassistische Hetze ganz im Gegenteil die Attraktivität des Islamismus erhöht. Islamistische Agitation kann unter Migranten in Westeuropa nur auf fruchtbaren Boden fallen, wenn diese von Politik und Mehrheitsgesellschaft wie Dreck behandelt und demonstrativ verachtet werden.

Jemand, der sich als respektiertes, geachtetes Mitglied dieser Gesellschaft empfindet und hier ein gutes Leben führt, wird einem IS-Agitator keine Minute zuhören. Jemand aber, der, egal wie lange er oder seine Familie hier schon leben, jeden Tag von Politik und Medien vermittelt bekommt, als höchstens widerwillig geduldeter, fremdartiger Schädling betrachtet zu werden, der wird vielleicht mit einer Ideologie liebäugeln, die dieser Gesellschaft den Krieg erklärt.

Rassistische Hetze ist die Existenzgrundlage des Islamismus in Europa und keine Gegenmaßnahme gegen ihn.

Als Gewerkschafter weiß ich, wie wichtig es ist, bei der kommenden Tarifrunde alle zusammen – unabhängig von Hautfarbe, Herkunft oder Pass – für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne zu kämpfen.

Wenn wir uns in diesem Kampf spalten lassen, profitieren nur die Unternehmer und Konzernbosse.

Wenn wir gemeinsam protestieren, und streiken merken wir, dass die Grenze eben immer noch zwischen oben und unten, und nicht wie gerade durchgehend herbeifantasiert wird, anhand nationalstaatlicher Grenzen, zwischen „innen“ und „außen“ verläuft.

Ich möchte meine Rede mit ein paar Worten von Bertolt Brecht beenden. Zu der Zeit der Nationalsozialisten wurden seine Bücher verbrannt, die Aufführungen seiner Werke gestürmt und ihm sogar die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt. Das führte dazu, dass er letztlich als Staatenloser vor dem Naziregime fliehen musste.

„Vorwärts und nicht vergessen,
worin unsere Stärke besteht!
Beim Hungern und beim Essen,
vorwärts und nie vergessen:
Die Solidarität!

Auf ihr Völker dieser Erde,
einigt euch in diesem Sinn,
daß sie jetzt die eure werde
und die große NähRerin.

Schwarzer, Weißer, Brauner, Gelber!
Endet ihre Schlächterein!
Reden erst die Völker selber,
werden sie schnell einig sein.

Wollen wir es schnell erreichen,
brauchen wir noch dich und dich.
Wer im Stich lässt seinesgleichen,
lässt ja nur sich selbst im Stich.

Unsere Herrn, wer sie auch seien,
sehen unsere Zwietracht gern,
denn solange sie uns entzweien,
bleiben sie doch unsere Herrn.